

info

**Studenten
beratung**

NR. 18

Darmstadt, im Mai 1983

Herausgegeben von der Arbeitsgemeinschaft der Studentenberater
in der Bundesrepublik Deutschland und Berlin (West)

Postanschrift:

Jens Brömer, Gesamthochschule Kassel
Zentrale Studienberatung
Mönchebergstr. 17
3500 Kassel

Redaktion und Druck:

Andras Gemes, Technische Hochschule Darmstadt
Zentrale Studienberatung
Karolinenplatz 5
6100 Darmstadt

Druck der 2. Auflage: Zentrale Universitätsdruckerei
Freie Universität Berlin

INHALT

Editorial	Seite 2
Frühjahrstagung 83 in Berlin	3
Pressemitteilungen	
Presseecho	12
Protokoll des Plenums	14
Herbsttagung 83 in Aachen	16

EDITORIAL

Die neue Redaktion des Infos befindet sich seit der Frühjahrstagung in Darmstadt. Wir werden uns bemühen, brauchbare Infos zu produzieren. Nicht unerwähnt bleiben soll dabei die Tatsache, daß das Info ein Selbsthilfeprojekt der Studentenberater ist, sein Dasein und seine Qualität von der Bereitschaft zur Mitarbeit aller Kollegen abhängt. Erinnert seien deshalb die Protokollanten der Arbeitsgruppen, die Länderredaktionen und sonstigen Artikelschreiber an den Redaktionsschluß des nächsten Infos: 20. Juni 83!

Wir haben uns auch etwas Neues einfallen lassen: Bisher erschien die Dokumentation der Tagungsergebnisse im jeweils nächsten Info, also ein halbes Jahr später. Sie war daher nicht mehr so aktuell und verlor an Informationswert. Außerdem klappt die Kommunikation unter Studentenberatern auch nicht immer so gut, daß alle Kollegen, die nicht an der Tagung teilnehmen konnten, schnell erfahren, was dort gelaufen ist. Unser Vorschlag zum Abbau dieser Unzulänglichkeiten: Ein kurzes Info mit Pressemitteilung, -echo, Protokoll des Abschlußplenums und Ankündigung der nächsten Tagung. Ein solches Kurzinfo liegt hiermit vor.

Darmstadt, im Mai 1983

Die Redaktion

FRÜHJAHRSTAGUNG '83 IN BERLIN ERGEBNISSE UND BERICHTE

PRESSEMITTEILUNG

Die diesjährige Frühjahrstagung der Arbeitsgemeinschaft der Studentenberater in der Bundesrepublik und Berlin(West) fand vom 2. bis 5. März 1983 an der Berliner Hochschule der Künste statt.

110 Berater aus den Allgemeinen Studienberatungsstellen der Hochschulen und den Psychologisch-psychotherapeutischen Beratungsstellen nahmen teil, darunter 2 Berater aus Großbritannien und Dänemark.

In 9 Arbeitsgruppen haben die Teilnehmer im Rahmen kollegialer Weiterbildung aktuelle Probleme der Studentenberatung bearbeitet und Erfahrungen ausgetauscht. Die Tagung stand unter dem Rahmenthema: "Studentenberatung - von studentischer Selbstorganisation zur Verwaltungsdienstleistung?". Sie war in diesem Sinne eine Bestandsaufnahme der gegenwärtigen Situation, die im Vergleich zur Bildungseuphorie der frühen 70er Jahre, in die auch die Einrichtung von Studienberatungsstellen fiel, geprägt ist durch sich ständig verschlechternde Studienbedingungen.

Im Vordergrund des Interesses standen dabei Probleme von Langzeitstudenten, BAföG-Streichungen, Berufsorientierung im Zeichen hoher Arbeitslosigkeit, Behindertenberatung, Ausländerstudium vor dem Hintergrund der politischen Wende und Stellenkürzungen und Mitteleinsparungen in den Beratungsstellen bei weiter ansteigenden Zahlen von Studienberechtigten und Studierenden. Ein besonderes Thema war die Beschäftigung mit der bevorstehenden Einführung von Bildschirmtext auch in der Studienberatung.

Langzeitstudenten

Die Problematik von Langzeitstudenten erweist sich aus der Sicht der Studentenberater als weitaus diffiziler als die gerade in jüngster Zeit oft pauschalisierenden Äußerungen von Politikern in der Öffentlichkeit vermuten lassen. Für die Studienberater stehen dabei nicht die Studenten, die eine illusorische Regelstudienzeit um einige Semester überschreiten, im Vordergrund des Interesses, sondern die Gruppe, die aus den vielfältigsten Gründen länger als der Durchschnitt an der Universität bleiben und unter dieser Tatsache leidet.

BAföG-Streichungen

Die Verschlechterung der finanziellen Situation der Studenten durch die letzte BAföG-Novellierung bringt die Gefahr der sozialen Auslese, eine Verschlechterung des universitären Lernklimas, Verlängerung der Ausbildungszeiten und einen Qualitätsverlust der universitären Ausbildung.

Berufsorientierung

Die zunehmende Arbeitslosigkeit und die schlechten Berufsperspektiven sind für viele Ratsuchende Anlaß, ihre Studienwahl völlig unabhängig von Interessen und Eignungen ausschließlich nach vermuteten Berufsaussichten zu treffen.

Behindertenberatung

Die konkreten Bedingungen für behinderte Studenten müssen an allen Hochschulen der Bundesrepublik und Berlin(West) wesentlich verbessert werden, wenn eine Integration auch nur im Ansatz erreicht werden soll. Die Behindertenberatung der Hochschulen sollte bereits in der Schule verstärkt über die Studienbedingungen für die Behinderten an den Hochschulen informieren.

Ausländerstudium

Der Bericht der Ausländerkommission des Bundesinnenministers führt zu wesentlichen Verschärfungen der Bedingungen für Zulassung und Aufenthalt ausländischer Studenten. Hierzu hat das Plenum der Studentenberater eine Stellungnahme verabschiedet, in der die Hochschulen und alle mit dem Ausländerstudium befaßten Organisationen aufgefordert werden, diesen Einschränkungen entschieden entgegenzutreten.

Bildschirmtext

Eine Beschäftigung und kritische Auseinandersetzung mit dem neuen Medium Bildschirmtext, dessen Folgen noch nicht zu überblicken sind, ist auch für die Studienberatung unerlässlich. Eine Hauptgefahr ist, daß Studieninteressenten in Entscheidungssituationen Informationen, die sie über den Bildschirmtext erhalten, mit Beratung verwechseln.

Anlagen

Zur BAföG-Streichung

"Was ich nach dem Studium machen kann, ist ganz ungewiß. Nur eines steht fest: ich muß 40.000 Mark zurückzahlen."

Dieser Ausspruch eines Studienanfängers gibt die augenblickliche Stimmung vieler, von der beschlossenen BAföG-Kürzung betroffenen Studenten wieder, wie der Erfahrungsaustausch der Studentenberater aus verschiedenen Hochschulen zeigte. Die Umstellung der BAföG-Förderung auf Vollدارlehen wird sich nach den ersten Erfahrungen aus den Beratungsstellen vor allem für Studierende aus einkommensschwachen Familien negativ auswirken: Gerade Kinder aus diesen Familien, die ihr Studium nach neuesten Unfragen (HIS-Studie) überwiegend über das BAföG finanzieren, sind zunehmend verunsichert und geben ihre ursprünglichen Studienabsichten auf, ohne

auf den ohnehin schon überlasteten Lehrstellenmarkt eine sinnvolle Perspektive zu finden. Neben diesem Abschreckungseffekt werden durch die beabsichtigten Änderungen bei der Ausbildungsförderung auch die Lern- und Arbeitsstrukturen im Hochschulbereich nachhaltig verändert:

Die geplante "Prämierung" der unterdurchschnittlich kurz oder mit besonders guten Noten abschließenden Studierenden verschlechtert nachhaltig das Lernklima im Hochschulbereich und fördert das Konkurrenzverhalten. In Zukunft wird noch mehr ein Studententyp gefördert, der konformitätsbereit ist und sich lediglich ein auf die Prüfung bezogenes Minimalwissen aneignet. Die Studentenberater warnen vor der abzusehenden Rückkehr zur sozialen Auslese, der Verschlechterung des universitären Lernklimas und einem Qualitätsverlust der universitären Ausbildung.

Zu: Stellenkürzungen und Mitteleinsparungen in den Beratungsstellen.
(Bezug: Umfrage bei 102 Beratungsstellen)

Nach einer Umfrage der ARGE im Frühjahr 1983 sind nunmehr auch in den Studentenberatungsstellen umfangreiche Stellen- und Mittelkürzungen zu registrieren. Obwohl in den nächsten Jahren die Zahl der Studienberechtigten und der Studierenden weiter ansteigen wird, ist von einem Ausbau wie 1973 von der KMK beschlossen nicht mehr die Rede. Stattdessen hat die Umfrage ergeben, daß in ca. einem Drittel der Beratungsstellen die Kürzungen inzwischen zu Einschränkungen im Beratungsangebot geführt haben. Das bedeutet u.a.:

- Verringerung der Sprechzeiten
- Reduzierung der Herausgabe von schriftlichem Informationsmaterial für Schüler und Studierende
- Aufgabe der Tutorenschulung und Fachbereichsberatung
- Starke Einschränkung der psychosozialen und therapeutischen Betreuung.

Ein weiteres Ergebnis der Umfrage ist, daß drei Stellenneuschaffungen 10 1/2 Stellenstreichungen gegenüberstehen. In weiteren acht Fällen sind Planstellen gefährdet. Mehr als die Hälfte der Beratungsinstitutionen mußten zum Teil drastische Kürzungen - bis zu 50 % - bei den Sachmitteln hinnehmen. Von diesen Rotstiftaktionen sind in besonderem Maße Schüler und Studierende aus Nichtakademikerfamilien betroffen, für die die Beratung von besonderer Bedeutung ist.

Für uns ist dies ein Teil der Politik, besonders im sozialen Bereich Einsparungen vorzunehmen.

Resolution der Arbeitsgemeinschaft der Studentenberater in der Bundesrepublik Deutschland und Berlin (West) (ARGE) vom 5. 3. 1983

Die in Berlin zur Fachtagung "Probleme der Studentenberatung" versammelten Studentenberater haben mit Bestürzung und großer Sorge den Bericht der Kommission "Ausländerpolitik" (Ausschuß I "Einreise und Aufenthalt") beim Bundesinnenminister zur Kenntnis genommen.

Die in diesem Bericht enthaltenen Grundsätze und Empfehlungen zum Aufenthalt von Aus- und Fortzubildenden haben seit längerem bestehende Befürchtungen verstärkt, daß ein Ausländerstudium in der bisherigen Form zukünftig nicht mehr möglich sein wird.

Die Empfehlungen in einzelnen:

- Einführung einer Höchstdauer für die Ausbildung. Bei Überschreiten Ausweisung, gleichgültig, wie weit die Ausbildung fortgeschritten ist.
- Einführung einer Regelstudienzeit für Ausländer.
- Zulassung nur zu bestimmten Ausbildungsgängen und Hochschulorten (auf keinen Fall Zulassung zu höheren und weiterbildenden Schulen). Erforderliche Vorqualifikationen für das Studium müssen im Heimatland erworben werden.
- Ein Aufbaustudium ist nur innerhalb der Höchstdauer der Ausbildung möglich; ein Zweitstudium überhaupt nicht. Praktika nach Abschluß des Studiums sind ebenfalls nur innerhalb der Höchstdauer und nur bei technischen Fächern möglich.
- Fachwechsel ist nur einmal und nur innerhalb der ersten 18 Studienmonate möglich.
- Deutschkurse können nur an bestimmten, insbesondere öffentlichen Einrichtungen besucht werden. Die Prüfung muß innerhalb der ersten 12 Monate abgelegt werden. Nichtbestehen der Prüfung bedeutet sofortige Ausweisung.

Die Kommission begründet ihre Empfehlungen damit, es gehe nicht an, daß sich ausländische Studenten "unter der Hand" zu integrierten ausländischen Arbeitnehmern wandelten, die dann nicht mehr "rückführbar" seien.

Diese Einschätzung von Status und Motivation ausländischer Studenten geht nicht nur von ungesicherten, z. T. erwiesenermaßen falschen Hypothesen aus, sondern verkennet die reale Situation an den Hochschulen und in den Herkunftsländern. Eine Umsetzung der Empfehlungen würde bedeuten, daß der Zugang zu den bundesdeutschen Hochschulen

für Studenten aus Entwicklungsländern weiter erschwert und z. T. sogar unmöglich gemacht wird. Die mit den Empfehlungen verbundenen Anforderungen können neben Stipendiaten höchstens noch Bewerber erfüllen, die einer kleinen privilegierten Oberschicht angehören. Offenbar spielen entwicklungs-, kultur- und wissenschaftspolitische Erwägungen, wie sie bislang das Interesse der Bundesrepublik Deutschland am Ausländerstudium bestimmt haben, keine Rolle mehr. Der Bericht und seine Empfehlungen zeigen, daß Restriktionsmaßnahmen der letzten zwei Jahre, wie

- die Neuregelung der Zulassung für Studienbewerber aus der Türkei, dem Iran, Griechenland und Indonesien (20. 3. 1981) (Anerkennung der Hochschulreife in der Bundesrepublik Deutschland nur bei bereits erfolgter Zulassung zum Studium im Heimatland) - und

- die 14. Änderungsverordnung zum Ausländergesetz (18. 12. 1982) (Visumpflicht für Bewerber aus Entwicklungsländern vor ihrer Einreise in die Bundesrepublik. Dazu muß bereits eine Zulassung zum Studium an einer bundesdeutschen Hochschule vorliegen).

keine Einzelmaßnahmen oder "Pannen" sind, wie vielfach behauptet, sondern Ausdruck restriktiver politischer Zielvorstellungen, die im Endeffekt nicht nur das Ausländerstudium, sondern auch das internationale Renommée der deutschen Hochschulen fragwürdig machen.

Die ARGE fordert die Hochschulen und alle mit dem Ausländerstudium befaßten Organisationen und Personen auf, diesen Empfehlungen, vor allem aber den damit verbundenen Eingriffen in die Hochschulautonomie, entschieden entgegenzutreten und eigene Vorstellungen zu formulieren, die vor allem den Bedürfnissen der ausländischen Studenten, ihrer Herkunftsländer und der deutschen Hochschulen gerecht werden.



Mitteilungen Nr. 30/83

9. März 1983

Frühjahrstagung der Studentenberater an der HdK:

STUDENTENBERATER: RAT UND HILFE MEHR GEFRAGT
Kritik am Ausländerkonzept der Bundesregierung

"Was ich nach dem Studium machen kann, ist ganz ungewiß. Nur eines steht fest: ich muß 40 000 DM zurückzahlen". Dieser Ausspruch eines Studienanfängers gibt die augenblickliche Stimmung vieler, von der beschlossenen BAföG-Umstellung betroffenen Studenten wieder, die sich in diesen Tagen an eine der 120 Studentenberatungsstellen in der Bundesrepublik Deutschland und Berlin (West) wenden. 110 Studentenberater und -beraterinnen trafen sich vom 2. bis zum 5. März zu einer Fachtagung an der Berliner Hochschule der Künste und stellten einmütig eine wachsende Nachfrage angesichts der einschneidend verschlechterten Studienbedingungen an bundesdeutschen Hochschulen fest.

Einer der drei Sprecher der Studentenberater, Jens Brömer von der Gesamthochschule Kassel, wies vor der Presse auf die wachsenden sozialen Sorgen (BAföG-Kürzung, Mangel an Jobs, Wohnungsnot etc.) der Studenten hin, die durch zunehmende Studienprobleme (Zulassungsbeschränkungen, Regelstudienzeit, Etatkürzungen, Prüfungsverschärfungen, sinkende Betreuungsquote etc.) verstärkt werden.

Während die Nachfrage nach Rat und Hilfe bei den Beratungsstellen steigt, sind diese selbst durch Stellen- und Sachmittelkürzungen in ihrer Arbeit bedroht: 3 neuen Beraterstellen stehen nach einer aktuellen Umfrage 10,5 Stellenstreichungen und 8 kw-Vermerke (kw: künftig wegfallende Stellen) gegenüber sowie Sachmittelkürzungen von bis zu 50%.

Verhinderung des Ausländerstudiums?

Mit Betroffenheit nahmen die Studentenberater den Bericht der Ausländerkommission "Ausländerpolitik" beim Bundesinnenminister zur Kenntnis, der am 2.3. dem Bundeskabinett vorgelegt wurde. Die Empfehlungen und Regelungen dieses Berichts schafften nach Auffassung der Studentenberater für Ausländer wesentlich schärfere Studienbedingungen als für Deutsche und machen durch die eingebauten bürokratischen Verfahren der Bewerbung und Zulassung von Ausländern über die deutschen Auslandsvertretungen, das Auswärtige Amt, die Landesinnenminister, die Regierungspräsidenten, die zuständigen regionalen Ausländerbehörden und retour eine fristgemäße Abwicklung faktisch unmöglich. Für Ausländer soll - anders als bei deutschen Studenten - die Regelstudienzeit verbindlich gelten - trotz zusätzlicher Belastung durch Pflichtsprachenunterricht mit verbindlicher Abschlußprüfung und z.T. erheblicher Integrations- und Finanzierungsprobleme. Ausländer dürfen - anders als Deutsche - Prüfungen nicht wiederholen, wenn die Höchstdauer abgelaufen ist, sie sollen ausgewiesen werden, gleichgültig, wie weit die Ausbildung fortgeschritten ist. Ein Zweitstudium ist grundsätzlich nicht zulässig, Aufbaustudien nur innerhalb der Höchstdauer. Zudem werden Ausländer nur noch in bestimmten Ausbildungsgängen und Hochschulen zugelassen.

Nach Auffassung der Studentenberater und -beraterinnen spielen entwicklungs-, kultur- und wissenschaftspolitische Erwägungen, wie sie bislang das Interesse der Bundesrepublik am Ausländerstudium bestimmt haben, offenbar keine Rolle mehr. Die mit den Empfehlungen verbundenen Anforderungen könnten künftig nur noch Bewerber erfüllen, die einer kleinen privilegierten Oberschicht in den Entwicklungsländern angehören.

Die Arbeitsgemeinschaft der Studentenberater forderte die Hochschulen und alle mit dem Ausländerstudium befaßten Organisationen auf, diesen Empfehlungen, vor allem aber den damit verbundenen Eingriffen in die Hochschulautonomie, entschieden entgegenzutreten und eigene Vorstellungen zu formulieren, die vor allem

den Bedürfnissen der ausländischen Studenten, ihrer Herkunftsländer und der deutschen Hochschulen gerecht werden.

Bildschirmtext als Beratungsmedium?

Mit großer Skepsis betrachten die Studentenberater und -beraterinnen das Engagement der Hochschulen im Bildschirmtext. Hinsichtlich der dabei angebotenen Studieninformationen sehen die Studentenberater die Gefahr, daß Studieninteressenten in Entscheidungssituationen allgemeine Informationen, die sie über den Bildschirmtext erhalten und die nicht auf ihre spezielle persönliche Situation abgestimmt sind, mit Beratung verwechseln und dadurch fehl- und unzureichend informiert ein Studium beginnen, daß ihren eigentlichen Intentionen, Möglichkeiten und Erwartungen nicht entspricht. Von daher fordern die Studentenberater eine kritische Auseinandersetzung mit dem neuen Medium, daß den persönlichen Kontakt nicht ersetzen kann.

Rainer E. Klemke
Pressestelle

Studienberatung stärker gefragt

Mittelkürzung trotz größerer Probleme bei Studenten

Schlechtere Studienbedingungen wie sie durch BAföG-Kürzungen und mangelnde Berufsperspektiven hervorgerufen werden, veranlassen immer mehr Studierende, die Studienberatungen der Hochschulen und Universitäten aufzusuchen. Daß diese Stellen „eindeutig mehr“ in Anspruch genommen werden, haben Studentenberater aus dem Bundesgebiet und Berlin auf einer Tagung übereinstimmend festgestellt, wie Jens Brömer von der Gesamthochschule Kassel gestern vor der Presse in Berlin mitteilte. 110 Studentenberater, die in allgemeinen Studien- und psychologisch-psychotherapeutischen Beratungsstellen tätig sind, hatten sich in der letzten Woche in der Hochschule der Künste getroffen, um über Probleme der Studienberatung zu diskutieren. Im Vordergrund standen dabei Folgen der Sparpolitik, Probleme der ausländischen Studenten und die Nutzung von Bildschirmtext für die Arbeit der Berater.

Die Umstellung der BAföG-Förderung auf Vollkredit kritisierten die Teilnehmer insbesondere wegen seines „Abschreckungseffektes“ auf Studierende aus einkommensschwachen Familien. Viele von ihnen würden ihre ursprünglichen Studienabsichten aufgeben, ohne eine sinnvolle Perspektive zu haben. Die Rückkehr zur sozialen Auslese sei abzusehen. Besondere Probleme sehen die Studentenberater bei den ausländischen Studenten. In ihrem jüngsten Bericht hat die Ausländerbehörde zum Aufenthalt von Ausländern unter anderem empfohlen, eine Höchstdauer für das Studium einzuführen und Ausländer nur zu bestimmten Ausbildungsgängen und -Orten zuzulassen.

Die Studentenberater befürchten, daß für Studenten aus Entwicklungsländern das Studium erschwert und teilweise unmöglich gemacht wird. Von den finanziellen Kürzungen sind die Beratungsstellen selbst auch nicht ausgenommen. Nach den Worten von Uta Dobrinkat von der Technischen Universität Berlin hat eine Umfrage zu Beginn dieses Jahres bei rund einem Drittel der 120 Beratungsstellen ergeben, daß insgesamt 12 Stellen gekürzt worden sind. Bei mehr als der Hälfte der Beratungsstellen sei bei den Sachmitteln drastisch gespart worden, so daß insbesondere die psychosoziale Betreuung eingeschränkt wird und allgemein weniger Informationsmaterial herausgegeben werden kann.

An den Beratungsstellen der Berliner Universitäten und Hochschulen sind für dieses Jahr keine Stellenstreichungen vorgesehen, wie Frau Kroh-Püschel von der Freien Universität Berlin erklärte. Allerdings sei auch keine Rede mehr davon, sie auszubauen, was auf Grund der stärkeren Beanspruchung und der zu erwartenden höheren Studentenzahlen nötig sei. An der FU beispielsweise gibt es für die Studien- und für die psychologische Beratung insgesamt zehn Mitarbeiter. Das entspricht derzeit einem Verhältnis von 1 zu 5000 Studenten. Skeptisch beurteilten die Tagungsteilnehmer auch die bevorstehende Einführung von Bildschirmtext in die Beratung. Interessierte könnten sich dann allgemeine Hinweise von Studienangeboten über Bildschirmtext beschaffen. Daß Studenten den Abruf dieser Information mit Beratung verwechseln, ist der grundsätzliche Vorbehalt der Studentenberater. Der persönliche Kontakt werde dann durch ein Mensch-Maschine-Verhältnis ersetzt.

Frauke Stamer

aus: Der Tagesspiegel, 8.3.83

Ungebrochen in die 80er Jahre? Studentenberater tagten in Berlin

Eine Bestandsaufnahme der Studienberatung leisteten 110 Studentenberater aus der Bundesrepublik und Berlin (West) sowie zwei Gäste aus Großbritannien und Dänemark auf ihrer Frühjahrstagung in Berlin. Unter dem Motto „Studentenberatung – von studentischer Selbstorganisation zur Verwaltungsdienstleistung?“ wurden in neun Arbeitsgruppen die gegenwärtige, immer schwieriger werdende Lage der Klientel der Beratungsstellen und der angemessene Umgang der Berater damit systematisiert und Lösungsmuster der verschiedenen Beratungsstellen diskutiert. Probleme von Langzeitstudenten, die Frage der Berufsorientierung im Studium in Zeiten sich ausweitender Arbeitsmarktprobleme, die Behinderung des Zugangs und Verschlechterung der Studienbedingungen für ausländische Studierende sowie die Möglichkeiten der Unterstützung behinderter Studenten waren hier die wichtigsten Themen. Sie ragten heraus aus der allgemein steigenden Flut von sozialen Problemen der Studienbewerber und Studenten (nicht zuletzt durch die Verschlechterung des BAföG), die eine steigende Nachfrage nach Beratung provozieren.

Dies trifft die Beratungsstellen in einer Situation, in der auch sie von massiven Personal- und Sachmittelkürzungen betroffen sind. Nach dem Ergebnis einer Umfrage an den Hochschulen, das in Berlin vorgelegt wurde, haben die Kürzungen bei einem Drittel der Beratungsstellen bereits zu Einschränkungen im Beratungsangebot geführt. Für die anwesenden Berater war es deshalb eine ernste Frage, wie lange die Kultusverwaltungen, die Anfang der 70er Jahre Studienberatung anstelle rein studentischer Aktivitäten als Bildungsaufgabe der Hochschulen festgelegt haben, diese Dienstleistung eigentlich in ausreichendem Maße und nötiger Qualität sicherstellen wollen.

Mit großer Skepsis nahm die Mehrheit der Tagungsteilnehmer in diesem Zusammenhang von der geplanten Einführung von Bildschirmtext auch für die Studienberatung Kenntnis. Zu befürchten ist, daß die in dieser Gesellschaft zunehmende Fixierung auf elektronische Medien eine Mensch-Maschine-Kommunikation anstelle eines individuellen klientenzentrierten Beratungsgesprächs hervorruft, wobei der Bildschirmbenutzer den für ihn bedeutungsvollen Anteil einer notwendig allgemein gehaltenen Information selten allein in seinem Wohnzimmer erlassen kann, er sich bei dem ver-

meintlich hohen Grad von Objektivität und Wahrheit einer Fernsehinformation gleichwohl umfassend informiert glaubt.

In einer Resolution haben die versammelten Studentenberater schließlich ihrer Sorge und Bestürzung über neue Bestrebungen in der Ausländerpolitik Ausdruck gegeben. Die Einführung von Regelstudienzeiten, Studienhöchstdauern und die Verhinderung von Aufbaustudiengängen werden für die ausländischen Studierenden große Probleme schaffen. Sie reißen sich ein in schon beschlossene Maßnahmen, die in ihrer Gesamtheit für die große Masse ausländischer Studenten aus bestimmten Herkunftsländern ein Studium in der BRD unmöglich machen. Die Studentenberater fordern die Hochschulen auf, diesen Bestrebungen entgegenzutreten und eigene Vorstellungen zu formulieren, die vor allem den Bedürfnissen der ausländischen Studenten, ihrer Herkunftsländer und der deutschen Hochschulen gerecht werden.

Als Sprecher der Studentenberater wurde auf der Berliner Tagung zum zweiten Mal Jens Brömer, ZSB der GhK, bestätigt; neu hinzugewählt wurden Andreas Gemes (TH Darmstadt), und Bärbel Rompeltien (GH Essen). Die ZSB der GhK wird die Fachtagung „Probleme der Studienberatung“ für 1984 vorbereiten. jb

aus: Publik, Kasseler Hochschulzeitung 6.4.83

Zentraleinrichtung Studienberatung
und Psychologische Beratung
(Johannes Nyc)

Berlin, den 28.3.1983
Ny/Had.
838 5241

Protokoll

vom Abschlußplenum der Arbeitsgemeinschaft der Studentenberater
in der Bundesrepublik Deutschland und Berlin (West), 5.3.1983

1. Zu neuen ArGe-Sprechern wurden gewählt:

- Bärbel Rompeltien (Uni Essen),
- Jens Brömer (Gesamthochschule Kassel),
- Andreas Gemes (TH Darmstadt)

2. Die Redaktion für das ArGe-Info liegt in Zukunft in Darmstadt, Protokolle von der ArGe-Tagung und zukünftige Beiträge bitte dorthin schicken; falls die TU Berlin den Druck des ArGe-Infos nicht mehr durchführen kann, wird die FU Berlin prüfen, ob der Druck an der FU möglich ist.

3. Es wird gewünscht, die Zusammenarbeit der Studienberater untereinander auf Länderebene zu intensivieren und die Länderrédaktionen für das ArGe-Info zu nutzen.

4. Die nächste ArGe-Tagung findet vom 21.9. bis 24.9.1983 in Aachen statt. Zur Frage "Rahmenthema" wird vorgeschlagen, dieses nur einheitlich vorzugeben, wenn alle AG's hierauf abgestimmt sind. Sonst sollte auf ein einheitliches Rahmenthema eher verzichtet werden.

Als Rahmenthema wird vorgeschlagen: "Medien (im weiteren Sinne) in der Studienberatung".

Lotze/Zacharias werden eine AG zum Thema anbieten: "Erfahrungsorientierte Medien als Entscheidungshilfe".

Eine weitere AG ist geplant zum Thema "Test und Studieneignung, Ratsuchende mit Test-Ergebnissen in der Beratung".

Andere AG's sind möglich, z.B. Fortsetzung der AG "Behinderte".

Die Vorbereitungsgruppe wird sich aktiv um weitere AG's bemühen; andere AG's sind gewünscht, bzw. geplant; z.B. ist auch an Angebote speziell für psychologische Berater gedacht.

5. Politische Stellungnahmen durch die ArGe

Die Schwierigkeit besteht bei politischen Stellungnahmen durch die ArGe darin, daß Bedienstete sich öffentlich äußern und

diese Äußerung gleichzeitig im Widerspruch zur Pressearbeit bei den Hochschulleitungen stehen kann. Dennoch behält sich die überwiegende Mehrzahl der Teilnehmer weiterhin politische Stellungnahmen vor. Auf der nächsten ArGe-Tagung sollen Modelle für eine Organisationsform der ArGe "Pro und Contra" diskutiert werden; der Sprecherrat wird hierfür entsprechende Modelle entwickeln.

6. Die Tagungsteilnahme ausländischer Studienberater hat sich bewährt.

Protokoll: Johannes Nyc

Nyc
(Nyc)

Nach Beendigung des Abschlußplenums der Tagung gibt Frau Dr. Hilde-Lore Schmidt (Universität Hohenheim) zu Protokoll, daß sie

1. gegen politische Stellungnahmen der ArGe ist; diese seien nicht Aufgabe einer Fachtagung; und daß sie
2. der Resolution der Tagung zur Frage der Ausländer im Studium daher nicht zustimmt.

Herbsttagung 1983 in Aachen

Welche Arbeitsthemen werden behandelt ?

Die Herbsttagung 1983 wird vom 21. bis 24. September 1983 in Aachen stattfinden.

Wie die Redaktion "aus zuverlässiger Quelle" erfahren hat, freuen sich die Aachener Kollegen auf die Ausrichtung der Tagung, und der Eifer ihrer Vorbereitungen läßt kaum noch Raum für private Aktivitäten. Auch hatten die ArGe-Sprecher schon Gelegenheit die Gastlichkeit im Herbst infrage kommen der Lokalitäten und die Qualität der dort gebotenen Speisen und Getränke zu testen; sie waren des Lobes voll.

Rahmenthema ?

Noch nicht festgelegt sind die einzelnen Arbeitsthemen der Tagung. Das Berliner Abschlußplenum hatte als mögliches Rahmenthema genannt:

"Medien in der Studentenberatung"

Folgende Themenbereiche sind dazu denkbar:

- Bildschirmtext
- Einsatz von Video
- Verwendung von Dia(serien) / Tonband / Fotos
- Diagnostik in der Therapie
- Was leisten Eignungstests ?

Für diese Themen liegen Moderationsinteressen nur für das Erst- und eventuell das Letztgenannte vor. Kolleginnen / Kollegen, die an der Moderation eines dieser oder eines anderen Medienthemas Interesse haben, sollten sich bis Ende Mai in Verbindung setzen mit:

Andreas Gemes, ZSB der TH Darmstadt, Hochschulstr. 1, 6100 Darmstadt,
Tel. 06151 / 163 068.

Von dem Rücklauf wird es abhängen, ob die Tagung unter das Rahmenthema gestellt werden kann.

Für folgende weitere Themen zeichnen sich realistische Chancen und Interessen ab:

- Nichtwissenschaftliche Mitarbeiter in Beratungsstellen
- Behinderte Studenten
- Ausländische Studierende
- Beraterverhalten als Funktion politisch / biografischer Veränderungen (Midlife-Crisis der Berater)
- Bildungspolitik und Studienberatung

Dies alles ist vorläufig. Für weitere Themenvorschläge und Interesse an Moderation gilt das oben Niedergeschriebene. So viel zum Stand der Vorbereitungen und so viel zum Appell an Eure Mitwirkung an der Gestaltung einer wie immer interessanten und vorwärts treibenden Tagung.

Jens Brömer



Zentrale Studienberatungsstelle

Fernsprecher
(0201) 18 31 oder
Durchwahl 183 - 2014
Raum Nr. R 12 R 06 D O
Mein Zeichen Frau Loboda
Essen, den 10. 3. 1983

Betr.: Beitrag zum Info Studentenberatung Nr. 18

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen,

ich bitte Euch herzlich, dem Protokoll der Arbeitsgruppe 10 der ArGe-Tagung von Berlin, folgenden Nachsatz anzuhängen:

Die Arbeitsgruppe der nichtwissenschaftlichen Mitarbeiter bei der nächsten ArGe-Tagung in Aachen sollte nicht mehr primär dem Erfahrungsaustausch dienen, sondern sich konkret mit einem der im Protokoll aufgeführten Weiterbildungsproblemen befassen.

Ich bitte also eine Kollegin/einen Kollegen aus den Studienberatungsstellen sich als Moderator zu melden.

Vielen Dank und herzliche Grüße

Frank Loboda